



Armut durch Beschäftigung, Bildung und Mobilität vorzubeugen

Les notes du conseil d'analyse économique, no 40, April 2017

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zeigt Frankreich eine relativ moderate und stabile Armutsrate. Wenn dieses Ergebnis als Konsequenz einer ziemlich guten Widerstandsfähigkeit unseres Umverteilungssystems, einschließlich während der Krise, gesehen werden kann, ist die Armut in Frankreich durch eine beeindruckende Trägheit geprägt. In gewissem Sinne „erben“ die Kinder die Armut ihrer Eltern: sie wohnen in benachteiligten Gebieten, haben größere Bildungsschwierigkeiten und damit größere Schwierigkeiten den Arbeitsmarkt erfolgreich zu integrieren. Um diesen Teufelskreis der Armutsreproduktion zu brechen, ist es unerlässlich, über die finanziellen Beihilfen die den bescheidensten gewährt werden hinauszugehen, und die Determinanten der Armut anzusprechen (Scheitern in der Schule, Schwierigkeiten bei der beruflichen Integration für Personen mit geringer oder mangelnder Bildung, und die Ansammlung der Armut in bestimmten Vierteln) die zu ihrer Beharrlichkeit beitragen.

Die Erfolgsbilanz der Politik zur Linderung von Schulversagen und Ausfall ist enttäuschend. Die vorrangige Bildungspolitik ergab negative Nebenwirkung, z.B. die Akzentuierung der Schulsegregation, wobei sie es nicht ermöglicht pädagogischen Methoden zur Entwicklung der Motivation und des Selbstwertgefühls der am wenigsten bewerteten Schüler ausreichend zu mobilisieren. Um Schulversagen besser zu bekämpfen, empfiehlt diese Note, die gesellschaftliche Vielfalt in den Schulen durch eine größere Bevölkerungsvielfalt in Wohnvierteln zu erhöhen. Die Anwendung des Gesetzes über die städtische Solidarität und Erneuerung (allgemein als das SRU-Gesetz bekannt) auf der Ebene der von der „Carte Scolaire“ (Einteilung der Schulsprenkel) definierten Bereiche würde dies ermöglichen. Die Note

befürwortet auch eine massive Bildung der Lehrer im Bereich „positiver“ Pädagogik, die Einrichtung von Drop-out-Monitoring-Einheiten in Hochschulen und Gymnasien und die Möglichkeit für Schulen, die im Rahmen des vorrangigen Bildungsprogramms aufgeführt sind, sich für eine Selbstverwaltung begleitet von einer 50% Erhöhung ihrer Ressourcen, zu entscheiden.

Für junge Menschen, die ohne ein Diplom das Schulsystem verlassen haben, haben zwei Maßnahmen Vorrang. Einerseits geht es darum, alternative Qualifikationswege zur traditionellen Bildung zu fördern, z.B. durch die Einführung einer nationalen Lehrgarantie für Jugendliche ohne Arbeit und ohne Ausbildung, und eine Verdreifachung der Plätze in den sogenannten Schulen der zweiten Chance. Andererseits, betreffend gering qualifizierte Personen, die sich nur schwer an einem intensiven Trainingsprogramm beteiligen können, könnte eine weitere Entlastung der Arbeitskosten durch eine auf die Löhne unter 1,9 Mindestlöhne („SMIC“) gezielte Verschmelzung der verschiedenen Entlastungsvorrichtungen vollbracht werden.

Schließlich muss die Stadtpolitik angesichts der Beharrlichkeit der Armut in bestimmten Territorien in den vergangenen zwanzig Jahren neu überdacht werden. Die Mittel sollten besser auf die Nachbarschaften in denen die Nichtbeschäftigungsrate am höchsten ist (vor allem bei den Jugendlichen), ausgerichtet sein. Ebenfalls, sollten die Mittel zur Mobilitätshilfe beitragen, um die Fähigkeit der Menschen professionelle Chancen zu nutzen zu verbessern. Die geographische Mobilität kann auch durch eine verbesserte Fluidität von Mietobjekten sowohl im privaten als auch im sozialen Bereich angeregt werden.

Dieser Bericht gibt die persönliche Meinung der Autoren wieder und nicht notwendigerweise die des Rates

Die Empfehlungen

Empfehlung 1. Die gesellschaftliche Vielfalt in den Schulen durch die Anwendung des SRU-Gesetzes auf der Ebene der von der „Carte Scolaire“ (Einteilung der Schulsprengel) definierten Bereiche zu erhöhen.

Empfehlung 2. Die Praxis der „positiven“ Pädagogik in der Grund- und Fortbildung der Lehrer umfassend zu entwickeln.

Empfehlung 3. Begleitungsstellen für Jugendliche die sich in einer durch Schulabbruch-gefährdete Situation befinden in Hochschulen und Gymnasien einzuführen.

Empfehlung 4. Den Schulen in den REP und REP + Schwerpunktausbildungsprogramme die Wahl der Selbstverwaltung bieten, und diesen Schulen eine 50%ige Erhöhung der zusätzlichen Mittel zuweisen.

Empfehlung 5. Eine nationale Lehr- oder Vorlehrgarantie für Jugendliche ohne Arbeit oder Ausbildung einzuführen. Die Plätze in intensiven Betreuungsstrukturen (z.B. die sogenannten Schulen der zweiten Chance) verdreifachen.

Empfehlung 6. Den CICE und den Verantwortungspakt auf die Löhne unter 1,9 Mindestlöhne („SMIC“) zielen, und sie mit der generellen Entlastung der Arbeitskosten verschmelzen.

Empfehlung 7. Die Mittel der Stadtpolitik gezielter auf die Nachbarschaften in denen die Nichtbeschäftigungsrate am höchsten ist (vor allem bei den Jugendlichen), ausrichten, und ein Teil dieser Mittel der Mobilitätshilfe zuteilen.

Empfehlung 8. Die Übertragung des Rechtes auf eine Sozialwohnung von einer Gemeinde zur anderen einzurichten, um die Leistungsempfänger die eine Umsiedlung um einen Job anzunehmen beabsichtigen nicht zu benachteiligen.



**conseil d'analyse
économique**

Der Conseil d'Analyse Économique (CAE) wurde im Auftrag des französischen Premier Ministre gegründet und soll durch die Gegenüberstellung der Gesichtspunkte und Analysen der Mitglieder des CAE ein besseres Verständnis der Entscheidungen der französischen Regierung im Wirtschaftssektor ermöglichen.

Stellvertretende Vorsitzende Agnès Bénassy-Quéré

Generalsekretär Hélène Paris

Wissenschaftliche Berater

Kevin Beaubrun-Diant,
Jean Beuve, Clément Carbonnier,
Manon Domingues Dos Santos

Forschungsassistent

Amélie Schurich-Rey

Mitglieder Yann Algan, Maya Bacache-Beauvallet,
Olivier Bargain, Agnès Bénassy-Quéré,
Stéphane Carcillo, Anne-Laure Delatte, Élise Huillery,
Étienne Lehmann, Yannick L'Horty, Philippe Martin,
Corinne Prost, Xavier Ragot, Jean Tirole, Farid Toubal,
Natacha Valla, Reinhilde Veugelers

Korrespondenten

Dominique Bureau, Anne Perrot, Christian Thimann

Veröffentlichungsdirektor Agnès Bénassy-Quéré

Chefredakteur Hélène Paris

Elektronische Veröffentlichung Christine Carl

Pressekontakt Christine Carl

Ph: +33(0)1 42 75 77 47
christine.carl@cae-eco.fr